

# DIE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Samira Marti, Politikerin der Schweizer Sozialdemokratischen Partei SP, will die Demokratie nicht den rechten Parteien überlassen.

FRAGEN **NEELKE WAGNER**



Atelier zu Direkter Demokratie und Populismus: Samira Marti (2. von rechts) diskutiert mit Frank Decker, Nenad Stojanović und Jean Miller (v.l.n.r.) auf dem Kongress „Reclaim Democracy“ in Basel.

## Was bedeutet für dich direkte Demokratie?

Die direkte Demokratie in der Schweiz hat maßgeblich zu meiner Politisierung beigetragen, insofern als man gerade als junger Mensch viel häufiger aufgefordert wird, sich zu beteiligen. Die Demokratie drängt sich in dieser Form viel mehr auf, als wenn man nur alle vier Jahre das Kuvert nach Hause geschickt bekommt.

Allerdings wurde die direkte Demokratie in den letzten Jahren auch mit eher rechten, nationalistischen Positionen verbunden. Die Rechte hat die De-

mokratie sozusagen gepachtet. Sie beansprucht, für das Volk zu sprechen. Dennoch oder gerade deshalb sollten wir uns viel offensiver als Demokrat/innen bezeichnen, die die direkte Demokratie verteidigen und ausbauen wollen – ohne Angst davor, in eine Ecke mit der SVP gestellt zu werden.

**In Deutschland fürchten viele Menschen, dass direkte Demokratie rechten Parteien nützt. Dass die SVP in der Schweiz einige minderheitenfeindliche Volksabstimmungen ge-**

## wonnen hat, wird oft als Argument genutzt. Was würdest du antworten?

So zu argumentieren ist der größte Fehler, den man machen kann. Man gewinnt weder an Glaubwürdigkeit, noch vertritt man damit eine unterstützenswerte Vision von Demokratie. Es stimmt nicht, dass die direkte Demokratie den Rechtsradikalen in der Schweiz geholfen hat. Die direkte Demokratie gibt es schon viel länger als die SVP, und in der Geschichte wurden viele wichtige Errungenschaften mit Hilfe von Volksinitiativen und Referenden erreicht. Auch die SP hat mit dem Druck des Referendums Zugeständnisse an eine progressive Politik im Parlament durchgesetzt, die ohne die direkte Demokratie nicht möglich gewesen wären. Die SVP hat dann Erfolg, wenn die Lebenssituation der Menschen prekariert wird. Fremdenfeindliche Positionen gewinnen dann an Halt, wenn der Wohlstand nicht gerecht verteilt wird. Es sind ökonomische Realitäten, die der SVP zum Aufstieg verholfen haben.

**Deiner Meinung nach sollten wir besser von einer Krise der Ökonomie als von einer Krise der Demokratie sprechen. Warum?**

Der Grund, warum rechtsextreme Parteien solchen Zuspruch erhalten, liegt nicht in unserem demokratischen System. Es liegt daran, dass unser Wirtschaftssystem nur wenigen dient, es liegt daran, wie in unserer Gesellschaft Wohlstand geschaffen und verteilt wird. Viele Menschen werden nebenan gelassen, empfinden eine gewisse Ohnmacht, die sich die Rechte dann zunutze macht. Doch statt den Blick auf die ungerechte Verteilung des Wohlstands zu lenken, schüren sie Ängste vor Ausländer/innen und anderen Minderheiten. Es gibt ganz offensichtlich nahrhaften Boden für fremdenfeindliche Positionen. Ich glaube, das ist die Folge des Versagens unseres Wirtschaftssystems. Die Verunsicherung und die Ohnmachtsgefühle, die sich heute äußern, die haben ökonomische Ursachen.

#### **Was können wir dagegen tun?**

Wir müssen die Deutungshoheit darüber zurückgewinnen, was gerade passiert. Die etablierten Kräfte überall auf der Welt reden von der Krise der Demokratie und fragen sich: „Ist denn das Volk zu dumm, wo es doch Trump gewählt hat?“ Das sehe ich als Ablenkungsmanöver, um nicht über die wirtschaftliche Ungleichheit sprechen zu müssen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur global, sondern auch innerhalb der Länder immer weiter auf. Deshalb, statt von einer Krise der Demokratie sollten wir von einer Krise der Ökonomie sprechen und die demokratischen Grundrechte verteidigen.

#### **Wo siehst du die größte Notwendigkeit, die direkte Demokratie zu verteidigen oder weiter auszubauen?**

In der Schweiz wird die institutionalisierte direkte Demokratie nicht angegriffen. Ich finde es eher schwierig, dass bei Volksabstimmungen politische Neben-



**„Wenn den Menschen ihre persönliche Freiheit gegeben ist, können sie mündige Entscheidungen treffen. Wenn diese Freiheit nicht gewährleistet ist, können gefährliche Dynamiken entstehen.“**

SAMIRA MARTI

schauplätze zelebriert werden, während wichtige, finanzpolitisch einschneidende Entscheidungen quasi über Nacht gefällt werden können. So zum Beispiel die milliardenschwere Rettung der UBS, die nur schwach demokratisch legitimiert war.

Ein emanzipatorisches Menschenbild zu vertreten heißt aber, allen Menschen zuzutrauen, wichtige oder auch komplexe Sachverhalte beurteilen zu können, eben keinen paternalistischen Ansatz zu wählen. Genau deshalb sollten wir noch mehr Mitbestimmung fordern, vor allem im Bereich der Ökonomie.

#### **Wie könnte das aussehen?**

Zunächst geht es mir darum, dass wir mehr auch in wirtschaftspolitischen Fragen mitsprechen können. Darüber hinaus sollte es mehr Mitbestimmung in der Privatwirtschaft selbst geben, etwa der Arbeit-

nehmenden und der Konsument/innen, so dass auch Umweltschutzbelange oder Arbeitsrechte besser Gehör finden. Solche Fragen gehören in die politische Debatte. Wie wir uns wirtschaftlich organisieren, was und wie wir produzieren, sollte Gegenstand demokratischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen sein.

Es gibt nicht die eine große Wahrheit darüber, wie eine Marktwirtschaft funktionieren kann und soll. Im Moment sagt die herrschende Ideologie noch: Der Marktmechanismus wird durch menschliches Versagen zerstört, wenn die Politik in ihn eingreift. Dagegen müssen wir uns wehren. Denn die Wirtschaft ist menschengemacht, wir gehen ja schließlich alle jeden Tag arbeiten. Auch in der Wirtschaftspolitik – wie in allen anderen Bereichen ebenfalls – treffen verschiedene Interessen aufeinander.

Man kann bei den staatlichen Institutionen ansetzen, etwa indem wir sagen, dass wir darüber entscheiden wollen, worin unsere Pensionskassen investieren oder nicht – zum Beispiel nicht in Atomwaffen, nicht in die Rüstungsindustrie. Aber da stehen wir ganz am Anfang.

#### **Haben Initiativen wie die zum bedingungslosen Grundeinkommen oder die 1:12-Initiative zu einem solchen Umdenken beigetragen?**

Die 1:12-Initiative hat auf jeden Fall Diskurse geöffnet. Es gehört heute zum Allgemeinwissen in der Schweiz, dass es eine extreme Lohnschere gibt, dass Managerlöhne unanständig hoch sind. Egal, ob jemand am Ende für oder gegen die Initiative gestimmt hat, die Leute haben ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass es da ein ethisches Problem gibt. Vielleicht waren sie der Meinung, dass die Initiative kein geeignetes Mittel ist, um daran etwas zu ändern, aber sie haben gemerkt, dass hier etwas nicht so ganz stimmt. ▶

Wenn man eine Volksinitiative lanciert, muss man überlegen, welche Ziele man verfolgt: Geht es darum, ein reales Anliegen umzusetzen oder geht es darum, neue Diskurse zu öffnen? Wir haben letzteres gemacht und ich glaube, es ist uns ganz gut gelungen.

### **Das heißt, direkte Demokratie bietet Chancen für eine progressive Politik?**

Wir als Linke stehen ein für die Emanzipation der Menschen, die Gleichheit der Menschen, das sind unsere Grundwerte. Deshalb können wir keine Angst vor direktdemokratischen Entscheidungen haben. Die herrschenden Wirtschaftstheorien vertreten ein sehr negatives Menschenbild. In der „unsichtbaren Hand des Marktes“, die alles besser alleine regelt, steckt auch ein Stück weit eine Angst vor der menschlichen Dummheit, vor der eigenen Verantwor-

tung. Dem müssen wir entgegenhalten, dass wenn den Menschen ihre persönliche Freiheit gegeben ist, sie mündige Entscheidungen treffen können. Wenn diese Freiheit jedoch nicht gewährleistet

### **„In der Schweiz wird man gerade als junger Mensch viel häufiger aufgefordert, sich zu beteiligen.“**

SAMIRA MARTI

ist, können gefährliche Dynamiken entstehen. Die richtige Antwort darauf kann aber nicht sein, den Menschen die Mitbestimmung wegzunehmen, sondern ihnen die persönliche Freiheit zurückzugeben.

Ich glaube, das Gefährlichste ist es, als Linke Angst vor der Demokratie zu entwickeln. Denn wenn man versucht, den Ausbau der Demokratie hinauszuzögern oder strukturell zu verhindern, dann gewinnt man weder an Sympathie noch an Unterstützung – weil man in dem Moment ja auch keine besonders unterstützenswerte Haltung vertritt. /

---

#### **Samira Marti**

23 Jahre, ab Sommer Masterstudierende in Volkswirtschaft an der Universität Zürich. Mitarbeiterin der SP Schweiz, zuvor Mitglied der Geschäftsleitung der JUSO Schweiz.

#### **Neelke Wagner**

Politikwissenschaftlerin, Leiterin Publikationen bei Mehr Demokratie.

Anzeige

## STIFTEN UND VERERBEN

Wir freuen uns, wenn Sie darüber nachdenken, den Stiftungsfonds zu unterstützen. Gemeinsam können wir die Weiterentwicklung der Demokratie fördern.

### **KONTAKT**

Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf, wenn Sie Fragen haben oder weitere Informationen benötigen.



Mehr Demokratie e. V.  
Katrin Tober  
Tel. 0421-79 46 370  
katrin.tober@mehr-demokratie.de



GLS Treuhand  
Christiane Altenkamp  
Tel. 0234-579 753 51  
christiane.altenkamp@gls-treuhand.de

### **MEHR INFORMATIONEN**

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den Stiftungsfonds zu unterstützen. Gerne senden wir Ihnen unser Infoblatt zu den Optionen als pdf-Dokument zu ([katrin.tober@mehr-demokratie.de](mailto:katrin.tober@mehr-demokratie.de)).

[www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html](http://www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html)

### **BANKVERBINDUNG FÜR IHRE ZUWENDUNG**

Für Zustiftungen und Spenden nutzen Sie bitte die Kontoverbindung des Stiftungsfonds.

Kontoinhaber: Dachstiftung für  
individuelles Schenken  
IBAN: DE54 4306 0967 0103 7008 00

BIC: GENODEM1GLS  
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum  
Verwendungszweck: Stiftungsfonds  
MEHR DEMOKRATIE-Stiftung